

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung am
24.05.2011**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:05 Uhr bis 18:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Lothar Dieringer	parteilos	Nahm bis 18:15 Uhr an der Sitzung teil
Herr Roland Hildebrandt	CDU	Vertretung für Herrn Bauersfeld
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	Nahm ab 17:10 Uhr an der Sitzung teil
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	Vertretung für Frau Dr. Sitte
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	Nahm ab 17:15 Uhr an der Sitzung teil
Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Denis Häder für Halle	MitBÜRGER	
Herr Christian Glüse	SKE	Nahm bis 18:15 Uhr an der Sitzung teil
Herr Dr. Gerhard Kotte	SKE	Nahm ab 17:15 Uhr an der Sitzung teil

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	vertreten durch Herrn Hildebrandt
Herr Uwe Heft	parteilos	
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	vertreten durch Herrn Bartsch
Herr Andreas Hajek	parteilos	
Herr Christoph Menn 90/DIE GRÜNEN	BÜNDNIS	
Frau Beate Fleischer	SKE	
Frau Irmgard Lawnik	SKE	entschuldigt
Herr Stefan Person	SKE	
Herr Heinz-Günter Ploß	SKE	entschuldigt
Herr Jörg Puschmann	SKE	
Herr Karsten Weidner	SKE	entschuldigt

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Häder (Ausschussvorsitzender / MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM) eröffnet die Sitzung.

Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Nachdem **Herr Häder** mitteilt, dass der TOP 7.2., auf Grund einer terminlichen Verpflichtung von **Herrn Rochau** (Stabsstelle Arbeitsmarkt) vorgezogen und damit mit TOP 7.1. getauscht werden soll, wird folgende Tagesordnung für den öffentlichen Teil einstimmig festgelegt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 24.03.2011
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Jahresabschluss 2010 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: V/2011/09739
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Plakatierung in Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09624
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. aktueller Sachstand zur Überarbeitung des Einzelhandelskonzepts einschließlich Auswirkungen auf die Umbau- und Erweiterungspläne der REWE-Händler
- 7.2. Zwischenbericht der Städte Leipzig und Halle (Saale) zum Projekt „Schnelle Logistik grenzenlos“
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 24.03.2011**

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 24.03.2011 wird einstimmig genehmigt.

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Jahresabschluss 2010 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH** **Vorlage: V/2011/09739**

Zunächst erhält **Herr Neumann** (Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit) das Wort zur Vorlage:

Durch die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (SMG) wurde ein Jahresüberschuss von ca. 815,00 € erwirtschaftet, obwohl ein negativer Abschluss i. H. v. 25.000 € durch die Gesellschafter im Hinblick auf die Bewerbung „Stadt der Wissenschaft“ genehmigt gewesen war.

Für die Erstellung des Jahresabschlussberichtes wurde ein neuer Wirtschaftsprüfer eingesetzt, der sich alle Rechnungen über 2.000 € hat vorlegen lassen. Er dankt auch Frau Graupeter noch einmal für ihren Einsatz.

Beitrag von **Herrn Voß** (Stadtmarketing Halle GmbH):

Er hätte nicht damit gerechnet, dass ein positiver Jahresabschluss vorgelegt werden kann, daher ist das bestehende Ergebnis umso erfreulicher. Er stellt die Arbeit des neuen Wirtschaftsprüfers als gut heraus, hat dieser doch wirklich nicht „locker“ gelassen.

Anfrage von **Herrn Häder**:

Kann bereits ein Ausblick auf das diesjährige Geschäftsjahr gegeben werden?

Antwort von **Herrn Voß**:

Für das laufende Geschäftsjahr kann mitgeteilt werden, dass eine Zuschusskürzung i. H. v. 100.000 € erfolgt, was aus der zweckgebundenen Einlage für Stadt der Wissenschaft resultiert. Die Zuschusskürzung macht sich natürlich bei den Positionen „Personalkapazitäten“ und „Tourismus“ bemerkbar sowie bei einzelnen Projekten. Näheres ist der Jahresplanung zu entnehmen.

Man wird versuchen, mehr Sponsoringmaßnahmen zu erhalten.

Weiterhin ist in diesem Geschäftsjahr bereits die Teilnahme am Hansetag in Kaunas als Reiseveranstalter erfolgt. Dabei war der Stand der SMG, neben dem Stand der Stadt Herfurth, am Meisten frequentiert.

Anfrage von **Herrn Sieber** (DIE LINKE):

Es liegt ja eine Vermögens- und Finanzvereinbarung für das Ertragsjahr vor, warum wurde der Zuschuss so spät veranschlagt?

Antwort von **Herrn Jaeger** (Referent im Dezernat für Wirtschaft und Arbeit):

Der Zuschuss ist in 4 Raten zu zahlen bzw. abrufbar. Sollte sich ein Mehrbedarf ergeben, so ist auch eine andere zeitliche Verteilung möglich.

Antwort von **Herrn Voß**:

Dies ist noch als liquide Reserve vorhanden, welche auch beibehalten werden sollte, um auftretende Schwankungen auszugleichen.

Hinweis von **Frau Graupeter** (SMG):

Die Finanzvereinbarung müsste sonst auch regelmäßig geändert werden.

Anfragen von **Herrn Häder**:

1. Die Touristeninformation „Marktschlösschen“ verzeichnete einen Besucherrückgang von 11%, können dafür Ursachen benannt werden?
2. Die Mittel für den sonstigen betrieblichen Aufwand liegen deutlich über dem Ansatz, welche Ursachen sind dafür maßgeblich?

Antwort von **Herrn Voß**:

1. Der Rückgang der Besucherzahlen resultiert daraus, dass im vergangenen Jahr keine Highlights wie in den Vorjahren in der Stadt zu finden waren (250. Todestag von Händel, Theater der Welt, Stadt der Wissenschaft etc.).

Antwort von **Frau Kreyer** (Steuerbüro Kreyer):

2. Die Durchführung zusätzlicher projektbezogener Maßnahmen (z.B. Public Viewing) sind ein Grund für den über dem Ansatz liegenden Aufwand.

Hinweis von **Frau Graupeter**:

Die Grenze für die Ausgaben wurde jedoch nicht überzogen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 05.05.2011:

1. Die Gesellschafter beschließen die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2010 mit einer Bilanzsumme von Euro 241.866,30 und einem Jahresüberschuss von Euro 815,85.
2. Die Gesellschafter beschließen, den Jahresüberschuss in Höhe von Euro 815,85 auf neue Rechnung vorzutragen. Der bestehende Gewinnvortrag von Euro 81.566,48 erhöht sich auf Euro 82.382,33.
3. Die Gesellschafter beschließen die Entlastung des Geschäftsführers (Herrn Stefan Voß) für das Geschäftsjahr vom 01.01.2010 bis 31.12.2010.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig zugestimmt –

8 Ja- Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Stimmenthaltungen

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 5.1 **Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Plakatierung in Halle (Saale)** **Vorlage: V/2011/09624**

Für die Erläuterung des Antrages der FDP-Stadtratsfraktion ist leider kein Vertreter anwesend. **Herr Sieber** schlägt daher vor, den Antrag heute zu verschieben, da sich die Frage stellt, ob der Antrag nach Abstimmung im Vergabeausschuss aufrecht erhalten bleiben soll.

Herr Häder schlägt vor, den Antrag heute zu beraten und ggf. abzustimmen, da zum Einen über den Antrag eben genau in vorher genanntem Ausschuss schon ausführlich diskutiert wurde und zum Anderen heute extra ein Vertreter der Ströer Deutsche Städte Medien GmbH (DSM) anwesend ist und dieser dann nicht noch einmal zu einem anderen Sitzungstermin erscheinen muss.

Dem Vorschlag wird zu gestimmt.

Anfrage von **Herrn Hildebrandt** (CDU):

In der vergangenen Zeit konnte beobachtet werden, dass von einem Multimediahandel illegale Plakatierungen vorgenommen wurden. Da das Entfernen der Plakate durch DSM in diesem Fall etwas länger gedauert hat stellt sich die Frage, wie man dies in der Zukunft verkürzen will.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Prinzipiell ist der Umgang mit Wildplakatierungen im Werbevertrag zwischen Stadt und der Firma DSM geregelt. Danach wird das Wildplakatieren durch das Unternehmen beim Ordnungsamt angezeigt, wo dann alles nötige veranlasst wird, damit die Firma DSM die Wildplakatierungen beseitigen kann. Die Eindämmung illegaler Plakatierung muss von Anfang an geschehen.

Wortmeldung von **Herrn Jantz** (DSM):

Aktuell hängen keine illegalen Plakate mehr.

Anfragen von **Herrn Sieber**:

1. Wie lange dauert der Ablauf von der Feststellung einer illegalen Plakatierung bis hin zum Abhängen der entsprechenden Plakate?
2. Welche finanziellen Folgen ergeben sich daraus für den Fremdplakatierenden?

Antwort von **Herrn Neumann**:

1. Der Ablauf wird zeitnah umgesetzt. Die zeitliche Verzögerung ergab sich aus dem Umstand, dass es sich bei besagtem Beispiel um einen erstmaligen Fall handelte.
2. Finanziell wirkt sich das auf den Fremdplakatierenden dahingehend aus, als das ein Ordnungsgeld zwischen 3.000 € und 5.000 € fällig wird.

Anfrage von **Herrn Häder**:

In der letzten Sitzung des Vergabeausschusses wurde die Problematik einer zusätzlichen Plakatierungsmöglichkeit bei entsprechendem Bedarf (öffentliches Interesse) angesprochen, gibt es dazu schon einen aktuellen Sachstand?

Antwort von **Herrn Jantz**:

Es wird momentan darüber beraten, ob dies evtl. in das Werbekonzept aufgenommen wird. Momentan stehen noch weitere Rahmen für das III. Quartal aus, erst dann kann man entscheiden, ob die verfügbaren Rahmen ausreichend sind oder ob ein weiterer Bedarf besteht. Dies muss dann geprüft werden.

weitere Anfragen von **Herrn Häder**:

Gab es aus wirtschaftsförderungstechnischer Sicht Beschwerden?

Antwort von **Herrn Dr. Franke** (Leiter Wirtschaftsförderung):

Es gab und gibt keine Beschwerden.

Danach wird der Antrag durch **Herrn Häder** zur Abstimmung gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten,

1. eine klare Rechtsgrundlage des Handelns der Firma STROER bezüglich der Mastplakatierung darzustellen,
2. die städtischen Satzungen und Erlasse bezüglich der Straßensondernutzung sowie den Vertrag mit der Firma STROER in Einklang zu bringen,
3. als Maßnahme der Wirtschaftsförderung eine Höchstpreisfestlegung in den Vertrag mit der Firma STROER aufzunehmen,
4. dem Stadtrat darzustellen, wie ausreichend Plakatierungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden können,
5. die Verwendungsfähigkeit der Rahmensysteme der Firma STROER festzustellen und
6. den Stadtrat die Möglichkeiten einer Neuausschreibung der Plakatierungskonzession darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig abgelehnt -

0 Ja-Stimmen

7 Nein-Stimmen

1 Stimmenthaltung

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

- keine -

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **aktueller Sachstand zur Überarbeitung des Einzelhandelskonzepts einschließlich Auswirkungen auf die Umbau- und Erweiterungspläne der REWE-Händler**

Mitteilung von **Herrn Neumann**:

Hintergrund der Mitteilung zur genannten Thematik ist die Anfrage im Stadtrat über Nahversorgersituation in Halle.

Ende des Jahres wird das Ergebnis des Gutachtens vorliegen. Es kann jedoch schon heute gesagt werden, dass der Nahversorgungsbereich keine Problematik darstellt. Die „REWE-Problematik“ stellt einen Einzelfall dar und ist auch soweit behoben. Zudem muss festgehalten werden, dass der Discounter „Penny“ der REWE-Gruppe angehört und somit kein Problem als solches besteht.

Wortmeldung von **Herrn Dr. Franke**:

Zu dieser Aussage passt die Meldung der dpa. vom 21.05.2011 in der folgende Aussagen von REWE gemacht wurde: „Wir haben im Discountgeschäft leider ein paar Züge verpasst“ und „Wir haben endlich das richtige Konzept gefunden und werden den Expansionskurs wieder beschleunigen“.

Anfrage von **Herrn Häder**:

Die Vielzahl der Discounter wird ja generell kritisch betrachtet. Wäre es nicht begrüßenswerter bestehende Objekte auszubauen, als neue Objekte extra für Discountmärkte bauen zu lassen?

Antwort von **Herrn Dr. Franke**:

Dies ist nicht generell als kritisch zu betrachten, dabei muss auch beachtet werden, dass nicht alle bestehenden Objekte die entsprechenden Verkaufsflächen für Discounter zur Verfügung haben, sodass man um den Bau neuer Objekte nicht umhin kommt.

Abschließend wird festgestellt, dass aktuell kein Handlungsbedarf in Bezug auf diese Thematik besteht.

zu 7.2 **Zwischenbericht der Städte Leipzig und Halle (Saale) zum Projekt „Schnelle Logistik grenzenlos“**

Herr Rochau gibt in der Sitzung den aktuellen Stand zum Projekt bekannt und weist noch einmal auf einige Eckpunkte hin:

Im Rahmen des Projektes hat man nun die „Halbzeit“ erreicht. Dazu wurde ein Zwischenbericht angefertigt, der auch so verfasst wurde, dass er auch für die Öffentlichkeit wirksam ist.

Zum aktuellen Zeitpunkt nahmen 160 Jugendliche an dem Projekt teil, davon haben 90 ein Auslandspraktikum absolviert wovon wiederum 81 in eine Arbeit oder in ein Praktikum vermittelt werden konnten. Da dies offensichtlich Erfolg bringt, ist künftig zu überlegen, wie dieser Ansatz von Work First und den Werkcentern für Deutschland transformiert werden kann.

Die Arbeit in den Werkcentern ist, im Vergleich zu deutschen Maßnahmen, individuell auf jeden Einzelnen abgestimmt. Diese Werkcenter machen auch deutlich, dass die Dezentralisierung zu großen Teilen der Schlüssel des Erfolges der Niederlande ist. Immerhin liegt dort die Arbeitslosenquote bei 4,8 %, wobei man hierbei den Mindestlohn von 8,52 € nicht außer Acht lassen darf.

Im Anschluss an die Vorstellung des Zwischenstandes bietet **Herr Rochau** an, persönlich zur Verfügung zu stehen, falls sich zu einem anderen Zeitpunkt noch Diskussionsbedarf zu dieser Thematik ergibt.

Fragen können nun auch noch gestellt werden.

Anfrage von **Herrn Sieber**:

Da er bei der Veranstaltung in Leipzig Ende März teilnahm interessiert ihn zu diesem Thema, was die Vertreter der beiden Arbeitsämter dazu sagen.

Antwort von **Herrn Rochau**:

Vieles wird schon gemacht, nämlich da, wo es an ähnlichen Stellen die gesetzlichen Möglichkeiten bereits dafür in Deutschland gibt. So gibt es ein Modellprojekt in Baden-Württemberg, wo ein Musterbetrieb wie diese Werkcenter arbeitet.

Für unsere Region sollte man ebenfalls den Mut haben, einen solchen Musterbetrieb einzuführen, dafür ist aber eine politische Positionierung erforderlich.

Herr Rochau bittet daher an dieser Stelle um weitere Unterstützung in dieser Angelegenheit.

Anfrage von **Frau Hintz** (SPD):

Warum sollten gerade die benannten Werkcenter etabliert werden? Immerhin muss man feststellen, dass wir über eine sehr ausgebildete Bildungsträgerlandschaft verfügen, da stellt sich die Frage, ob diese in diesem Maße auch in den Niederlanden vorhanden ist oder ob diese fehlt und man sich deswegen dort für die Werkcenter entschlossen hat.

Antwort von **Herrn Rochau**:

Immerhin verfügen die Werkcenter über einen ganzheitlichen integrierten Ansatz, im Gegensatz zu unserer Trägerlandschaft, die zwar die Teilnehmer entsprechend qualifiziert, hier aber lediglich einen sozialen Ansatz aufweist. In den Werkcentern werden die Gesetzhaltungen zusammengeführt und der Mensch wird ganzheitlich betrachtet. Dieser ganzheitliche Ansatz führt eben auch bis zur Vermittlung. Selbst der Vermittler erhält erst eine Prämie, wenn der von ihm Vermittelte ein Jahr seine Tätigkeit ausübt, damit ist für eine gewisse Nachhaltigkeit gesorgt.

Anfrage von **Herrn Dieringer** (CDU):

Was für Arbeiten werden in diesen Werkcentern ausgeführt?

Antwort von **Herrn Rochau**:

In den Werkcentern werden einfache, simple Tätigkeiten ausgeführt. Das führt über die Herstellung von Heftklammern, Putzlappen und Verpackung etc.

Anfrage von **Herrn Häder**:

Wird in den Werkcentern nur produziert oder werden dort auch Dienstleistungen angeboten?

Antwort von **Herrn Stöcklein** (Stabsstelle Arbeitsmarkt):

Es wird dort produziert, aber auch Dienstleistungen werden dort angeboten.

Hinweis von **Herrn van Rissenbeck** (Eigenbetrieb für Arbeitsförderung - EfA):
Dort wird auch gewerblich gearbeitet. Um aber den Hintergrund dieser Werkcenter verstehen zu können, muss man noch mal ein bisschen weiter zurückgehen. So ist liegt der Hintergrund von Work First im Fachkräftemangel begründet. D. h. die Unternehmen in den Niederlanden haben sich dazu bereit erklärt, an diesem Projekt mitzuwirken. Dazu bilden die Unternehmen ihre eigenen niedrig qualifizierten Fachkräfte höherwertiger aus, um sie dann auf entsprechend höher qualifizierten Stellen einzusetzen, während sie die „Nachwuchsbildung“ für die dann frei gewordenen niedrig qualifizierten Stellen der Kommune überlassen, in dem diese Langzeitarbeitlose in Werkcentern fördert und danach in Arbeit vermittelt.

Anfragen von **Herrn Häder**:

1. Da die Praktika in den Werkcentern eine hohe Erfolgsquote haben, werden diese fortgesetzt und ausgebaut? Sind entsprechende Praktika evtl. auch in Deutschland denkbar?
2. Gibt es konkrete Erkenntnisgewinne für eine Qualifizierungsumsetzung beim EfA?

Antwort von **Herrn Rochau**:

1. Im April 2012 läuft das Projekt erst einmal grundsätzlich dort aus. Im Moment liegen noch keine konkreten Ergebnisse für eine Projektfortsetzung vor.

Antwort von **Herrn van Rissenbeck**:

2. Im Moment hat man beim EfA 2 Sozialarbeiter eingestellt, die künftig für eine ganzheitliche Betreuung sorgen sollen.

Nachfrage von **Herrn Häder**:

Lohnt sich diese ganzheitliche Betreuung beim EfA?

Antwort von **Herrn van Rissenbeck**:

Ja.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfrage von **Herrn Sieber**:

In der Sitzung des Ausschusses im Februar wurde durch **Herrn Neumann** zugesagt, dass weitere Informationen bzgl. des damals erledigten Antrages zum Thema „W-LAN“ folgen. Sind jetzt weitere Informationen zum Thema vorhanden?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Es kann soviel gesagt werden, als das die technischen Möglichkeiten geschaffen wurden. Näheres soll in einer kleinen „Marketingüberraschung“ folgen, die leider bislang noch nicht umgesetzt werden konnte.

Er bittet daher um Verständnis, dass zunächst keine weiteren Informationen erfolgen können.

Anfrage von **Herrn Scholtyssek** (CDU):

Für die Freilichtbühne der Peißnitz interessierte sich ein Investor. Gibt es da einen neuen Stand der Dinge?

Antwort von **Herrn Neumann** und **Herrn Dr. Franke**:

Beide haben nichts davon gehört. Es wird empfohlen, die Anfrage noch einmal in der morgigen Stadtratssitzung zu stellen.

zu 9 Anregungen

Herr Scholtyssek regt an, eine der nächsten Sitzungen bei der Deutschen Bahn (evtl. am Rangierbahnhof) durchzuführen.

Die Anregung wird aufgenommen und von **Frau Panier** (Protokollführerin) geprüft.

Für die Richtigkeit:

Datum: 03.06.11

Denis Häder
Ausschussvorsitzender

Eileen Panier
Protokollführerin